

Die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V. **Kein Partner im Kampf gegen religiösen Extremismus**

ZUSAMMENFASSUNG

Die „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland e.V.“ (im Folgenden: IGS) ist ein Dachverband von nach eigener Aussage mehr als 150 schiitischen Moscheegemeinden. Es bestehen personelle Verbindungen wie auch ideologische Übereinstimmungen zum iranischen Regime in Teheran. So gehört der Vorsitzende der IGS, Mahmood Khalilzadeh, nach Einschätzung der Bundesregierung zum „politisch-religiösen Establishment der Islamischen Republik Iran“.

Die IGS wurde 2009 auf Initiative des „Islamischen Zentrum Hamburg“ (IZH) gegründet. Das IZH ist die prominenteste Mitgliedsorganisation des Dachverbandes IGS und nimmt laut Einschätzung der Bundesregierung in extremistischer Weise Einfluss auf die IGS. Sicherheitsbehörden sehen das IZH als Instrument der iranischen Staatsführung an, welches die theokratische Staatsdoktrin des Iran vertritt und damit eine Werteordnung, die mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist. Das IZH nimmt auf Schiiten unterschiedlicher Nationalität und auf schiitische Moscheen und Vereine in der Bundesrepublik starken Einfluss. Es gibt zudem Anhaltspunkte, dass einige Mitgliedsvereine des Dachverbandes IGS der islamistisch-terroristischen „Hisbollah“ im Libanon nahestehen, deren Ziel die Vernichtung Israels ist.

Die IGS präsentiert sich selbst als Partner gegen einen religiös begründeten Extremismus, gegen Hass und Salafismus. Der Verband ist seit 2014 Teilnehmer der Deutschen Islamkonferenz und erhält erhebliche Bundesmittel zur Extremismus-Prävention. Eine exemplarische Untersuchung von angebotenen Präventionsmaßnahmen zeigt jedoch, dass die IGS ein Islamverständnis vertritt, das die Auslegung des Koran durch islamische Rechtsgelehrte im Iran widerspiegelt. Mitgliedsgemeinden der IGS warben zudem für die Teilnahme am „Quds-Marsch“ in Berlin, einem in Teheran 1979 eingeführten Kampftag zur Vernichtung Israels. Vorstandsmitglieder der IGS nahmen auch im letzten Jahr am Quds-Marsch teil.

Empfehlungen

- Die Förderung der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V. aus Bundes- und Landesmitteln ist kontraproduktiv und sollte umgehend gestoppt werden. Die aus dem totalitären Iran beeinflusste IGS kann kein Partner der Bundesregierung sein.
- Die Bundesregierung darf keine Vereine fördern, die ein fundamentalistisches Islam-Verständnis, Islamismus oder Antisemitismus in Deutschland verbreiten.
- Die Ideologie von Kooperationspartnern muss ernst genommen und durch Expert/innen geprüft werden.

Geschichte, Vernetzung und Verbindungen in den Iran

Die „**Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands e.V. (IGS)**“ mit Sitz in Berlin wurde als Dachverband schiitischer Gemeinden im März 2009 gegründet. Dem Verband gehören eigenen Angaben zufolge mehr als 150 Moscheegemeinden an.

Seit Bestehen gibt es personelle und ideelle Verbindungen nach Teheran. So gehört der Vorsitzende der IGS, Mahmood Khalilzadeh, nach Einschätzung der Bundesregierung zum „politisch-religiösen Establishment der Islamischen Republik Iran“.¹ Führende Mitglieder der IGS zeigen ihre ideologische Nähe zum Regime und die IGS verbreitet Botschaften des obersten iranischen geistigen Führers Ali Khamenei in Deutschland.²

Eine Art Machtdemonstration des iranischen Regimes in Deutschland ist alljährlich der so genannte „Quds-Tag“ (Quds= arabisch für Jerusalem), der im Iran seit der islamischen Revolution 1979 als internationaler Kampftag zur Vernichtung Israels zelebriert wird. Weltweit wird von Organisationen aus dem ideologischen Umfeld des iranischen Regimes zur Vernichtung Israels aufgerufen. In Berlin nahmen Vorstandsmitglieder der IGS am „Quds-Marsch“ teil; Mitgliedsgemeinden der IGS riefen zur Teilnahme auf oder warben für die Teilnahme.³ In Berlin wurden dabei Symbole der vom Iran unterstützten Terror-Organisation „Hisbollah“ gezeigt.⁴ Der Quds-Marsch befördert einen gegen Israel gerichteten Antisemitismus in Deutschland.

Das prominenteste Mitglied der IGS ist das „**Islamische Zentrum Hamburg (IZH)**“. Die Bundesregierung sieht im IZH „die wichtigste Vertretung der Islamischen Republik Iran in Deutschland und eines ihrer wichtigsten Propagandazentren in Europa“.⁵ Das Landesamt für Verfassungsschutz Hamburg beschreibt das Zentrum als „Instrument der iranischen Staatsführung“, das die dortige theokratische Staatsdoktrin vertritt und damit eine Werteordnung, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar ist.⁶ Der Behörde zufolge verfolgt das IZH „als verlängerter Arm der Teheraner Revolutionsführung konsequent das Ziel, islamistisches Gedankengut nach heimatlichem Vorbild in Deutschland zu verbreiten und seinen Einfluss auf die schiitische Gemeinde zu intensivieren.“⁷ Zu diesem Zweck hat das IZH ein bundesweites Kontaktnetz aufgebaut und übt auf die schiitischen Moscheen und Vereine Einfluss aus, „bis hin zur vollständigen Kontrolle“.⁸

Die beiden Organisationen IGS und IZH sind laut Erkenntnissen der Bundesregierung personell und organisatorisch eng verwoben.⁹ Die IGS wurde 2009 auf Initiative des IZH gegründet.¹⁰ Das IZH ist die prominenteste Mitgliedsorganisation des Dachverbandes IGS und nimmt laut Einschätzung der Bundesregierung in extremistischer Weise Einfluss auf die IGS.¹¹ Im Vorstand der IGS sind zwei IZH-Mitglieder.¹² Der bisherige langjährige Leiter des IZH, Reza Ramezani, stand dem „Gelehrtenrat“ der IGS vor.¹³ Der jeweilige Leiter des IZH gilt zudem jeweils als Vertreter des iranischen „Revolutionärs“ Ali Chamenei in Europa.

Unter den Mitgliedsorganisationen der IGS befinden sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung auch extremistische Vereine, bei einigen gibt es Anhaltspunkte, dass sie in Beziehung zu der islamistisch-terroristischen libanesischen „Hisbollah“ (dt.: Partei Gottes) stehen.¹⁴ Die „Hisbollah“ steht in den Niederlanden, in Großbritannien, Kanada, Israel und den USA auf der Terrorliste. In Reaktion auf einen Anschlag in Bulgarien im Juli 2012, bei dem fünf Israelis getötet wurden, beschlossen die Außenminister der EU, den militärischen Flügel der „Hisbollah“ in die EU-Terrorliste aufzunehmen.

Eine enge Kooperation der IGS besteht in der Bildungsarbeit mit dem „**Al-Mustafa-Institut**“ in Berlin. In Kooperation mit diesem Institut wurden von der Bundesregierung finanzierte Veranstaltungen der IGS geplant. Das Al Mustafa Institut ist ein deutscher Ableger der Al-Mustafa Universität in Qom/Iran. Die Bundesregierung geht „von einer Beeinflussung der Lehrinhalte durch die Islamische Republik Iran“ aus.¹⁵ Das iranische Regime hat mehr als 500 islamische Zentren im Ausland gegründet, die dem Revolutionsexport im Ausland dienen.¹⁶

Die Förderung der IGS durch finanzielle Mittel aus Bund und EU

Obwohl der Bundesregierung die engen Verbindungen der IGS zur Führung der Islamischen Republik Iran bekannt sind, ist die IGS seit 2014 Teilnehmerin der Deutschen Islamkonferenz und erhält darüber hinaus erhebliche Gelder aus Bundesmitteln:

1. Die IGS ist einer von fünf Kooperationspartnern im Modellprojekt „Präventionsnetzwerk gegen religiös begründeten Extremismus“ des Trägers und Zuwendungsempfängers „Türkische Gemeinde in Deutschland e.V.“ In diesem Rahmen erhält die IGS Fördermittel aus dem **Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“** des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2016 wurden 15.848,38 Euro an die IGS weitergeleitet, 2017 waren es 17.450 Euro.¹⁷
2. Die IGS erhält Fördermittel aus dem EU-Projekt „**Extrem engagiert!**“ durch den EU-Fonds für Innere Sicherheit. Im Zeitraum von 2017 – 2020 werden insgesamt 283.150 Euro gezahlt. Auf Anfrage teilte die EU Kommission im April 2018 mit, dass die Auswahl der Förderung alleine vom Bundesinnenministerium vorgenommen worden ist; die EU-Kommission war daran nicht beteiligt. Das Projekt ist beim BKA angesiedelt.¹⁸
3. Für das Projekt „Extrem engagiert“ erhält die IGS wiederum eine Kofinanzierung aus dem Bundesprogramm „**Demokratie leben!**“ des Familienministeriums. 2018 waren 41.931,49 Euro zur Kofinanzierung vorgesehen, für 2019 sind es 45.872,72 Euro.

Die IGS wird vom Bund mit dem Ziel der Radikalisierungsprävention gefördert. Dabei werden u.a. Workshops finanziert, die einer islamischen Radikalisierung entgegenwirken sollen, außerdem werden junge Muslime / Muslimas von der IGS dabei unterstützt, ihre Vernetzungs-, Medien- und Gemeindegemeinschaften zu professionalisieren.¹⁹

Positionen der IGS

Wie will die IGS selbst gegen religiöse Radikalisierung vorzugehen? In einer Handreichung, die als Ergebnis eines Präventionsworkshops erstellt worden ist, setzt die IGS einer Radikalisierung vor allem ein „rationales“ Islamverständnis entgegen, das sie mit Hilfe von Workshops fördern will.²⁰ Das „rationale“ und „unverfälschte“ Islamverständnis leitet sie jedoch alleine aus dem Koran und anderen islamischen Quellen ab. Sie stützt sich dabei auf den arabischen Begriff *‘aql* (*Verstand*). *‘Aql* ist hier nicht als Synonym zu Verstand oder Vernunft im westlichen Sinne zu verstehen, sondern spiegelt die Auslegung des Koran durch islamische Rechtsgelehrte im Iran wieder.

Was das in der Praxis bedeutet, zeigt zum Beispiel die Debatte um ein mögliches Kopftuchverbot für Schülerinnen, bei der die IGS im April 2018 eine Stellungnahme des IZH-Leiters Reza Ramezani verbreitete.²¹ Ramezani wandte sich in der von der IGS verbreiteten Erklärung gegen moderate Muslime, die den Kopftuchzwang ablehnen. „Diese Stimmen **unwissender**, Experten“, argumentierte er, dienten „einem politisch motivierten Kurs gegen den Islam und die Muslime.“ Er verwies dagegen auf die „**authentischen** Rechtsurteile sehr vieler Großgelehrter (Maradschi) in der islamischen Welt“, die die Pflicht von Mädchen zum Tragen des Hidschab ab dem Ende des „neunten Mondjahres“ festlegten.

Die IGS propagiert hier also nicht nur eine Kopftuchpflicht für Mädchen ab 9 Jahren, sondern auch eine Deutungshoheit der **Maradschi** aus der islamischen Welt gegen die Stimmen von Muslimen in Deutschland. Moderate muslimische Stimmen werden auf diese Weise aus der islamischen Gemeinschaft herausdefiniert und als Feinde des Islam gesehen.

Auf dieser Basis ist es folgerichtig, dass die IGS die Gründung der **Ibn Rushd Goethe Moschee** in Berlin, die einem liberalen Islamverständnis folgt, wie auch die **Ehe für alle** ablehnt. In einer Pressemitteilung im Juli 2017 diffamierte sie ein liberales Islam-Verständnis als „Verunglimpfung, Schmähung und Beleidigung der religiösen Traditionen und Heiligtümer der Religionsgemeinschaften“.²² Damit wird die Ibn Rushd Goethe Moschee aus der islamischen Gemeinschaft herausdefiniert und unter die Feinde des Islams subsummiert.

In der erwähnten Handreichung macht die IGS zwei Ursachen für eine Radikalisierung auf religiöser Grundlage aus: Die Diskriminierung von Muslimen durch die nicht-muslimische „Mehrheitsgesellschaft“ einerseits und ein „verfälschtes“ Islamverständnis andererseits. Das falsche Islamverständnis wird zum Beispiel beim sog. *Islamischen Staat (IS)* verortet.

Die antisemitische Ideologie der Islamischen Republik Iran

Der Antisemitismus ist tief in der Ideologie der Islamischen Republik verankert. Ayatollah Khomeini, unter dessen Führung im Iran 1979 ein Gottesstaat errichtet wurde, leitete die Feindschaft zu den Juden in seinem Hauptwerk „Der Islamische Staat“ aus der Religion ab. „Die Juden waren es, die als erste mit der antiislamischen Propaganda und mit geistigen Verschwörungen begannen“, heißt es im Vorwort zu seinem Werk an prominenter Stelle mit Bezug auf den Koran. Die Verschwörungen gegen den Islam zielten, so Khomeini, darauf ab, diesen zu zerstören, oder ihn zu verfälschen. Israel ist aus der Sicht der iranischen Islamisten Stützpunkt einer verschwörerischen Macht, die auf die Untergrabung und Zerstörung heiliger islamischer Werte hinarbeitet. Ein Kompromiss mit Israel ist auf der Basis dieser Ideologie nicht möglich.

In der iranischen Verfassung ist der Export der Revolution als Pflicht formuliert: „alle Unterdrückten“ müssten „im gerechten Kampf gegen Tyrannen in jedem Winkel der Erde“ unterstützt werden. Das Endziel ist die Schaffung eines islamischen Weltstaates, in dem alle Gläubigen vereint sind.

Zitate von Khomeini aus: Ajatollah Chomeini: Der Islamische Staat. Hrsg. von Klaus Schwarz, Berlin 1983, S. 15. Vgl. zum Thema Antisemitismus im Iran u.a.: Wahied Wahdat-Hagh: Der islamistische Totalitarismus: Über Antisemitismus, Anti-Bahaismus, Christenverfolgung und geschlechtsspezifische Apartheid in der „Islamischen Republik Iran“. Peter Lang Verlag 2011

Diese Distanzierung zum Islamischen Staat ist jedoch noch kein Beweis einer moderaten Haltung. Im iranischen Diskurs hat sie einen anderen Hintergrund. Dies zeigt eine Rede von Ayatollah Khamenei (des obersten religiösen Führers im Iran), die das IZH auf seiner Webseite veröffentlichte. Dort wurden innermuslimische Auseinandersetzungen wie diejenige gegen den IS in Syrien und im Irak als Ablenkung von der gegen Israel gerichteten Mission des Islam kritisiert. Die Kämpfe geschähen „während wir eigentlich unsere ganze Energie auf die Konfrontation mit den Verschwörungen des zionistischen Regimes und ihrer Taten, die sie gegen das Heilige Quds (Jerusalem) und die al-Aqsa-Moschee ausgeübt haben, konzentrieren müssten. Das sollte die gesamte Welt des Islam bewegen und aktivieren.“²³

Khamenei kritisierte also diejenigen islamischen Gruppen, die die Konfrontation mit Israel nicht ins Zentrum ihrer Aktivitäten stellen und setzte das iranische Vorbild dagegen: „Von Anfang an hat die Regierung der Islamischen Republik ... Feindschaft gezeigt gegen das zionistische Regime. Diese Politik hat sich bis heute fortgesetzt. ... Wir halfen der Hisbollah im Libanon, die eine schiitische Gruppe ist, in der gleichen Weise, wie wir der Hamas und dem Islamische[n] Dschihad geholfen haben, und wir werden es auch weiterhin tun ... Ich kündige an – und das wird auf jeden Fall geschehen – dass die Westbank wie Gaza bewaffnet werden sollte“.

Die von der IGS und vom IZH propagierte Distanz zum IS entspricht also durchaus dem Islam-Verständnis der Islamischen Republik Iran und ist für sich allein kein Beweis einer moderaten Haltung. Vielmehr ist das von IGS und IZH propagierte Islam-Verständnis mit dem der Islamischen Republik Iran kompatibel. Das IZH feierte beispielsweise am 29. Todestag Chomeinis die „vernunftbasierte Verhaltensweise“ des Revolutionsführer.²⁴ Auch der intensive Austausch, den IGS und IZH mit staatlich finanzierten Religionsgelehrten im Iran pflegen, die für Workshops nach Deutschland geholt werden, belegt die ideologische Nähe.

Vor diesem Hintergrund ist es folgerichtig, dass immer wieder Funktionäre der IGS am alljährlichen *Al Quds-Marsch* in Berlin teilnehmen, der das Ziel hat, die Zerstörung Israels zu propagieren. Im Juni 2018 nahmen mindestens zwei Vorstandsmitglieder der IGS am Quds-Marsch teil, sowie mehrere Vertreter aus IGS-Gemeinden und aus dem IZH. Ebenso folgerichtig ist es, dass die IGS es ablehnt, sich vom IZH oder von Mitgliedsgemeinden zu distanzieren, in denen nachweislich Hisbollah-Anhänger verkehren.²⁵

Terroranschläge des iranisches Regimes im Ausland

Kritiker/innen des iranischen Regimes, aber auch Jüdinnen und Juden sind in Deutschland durch Anschläge des iranischen Regimes gefährdet.

Mehr als 160 exiliranische Oppositionelle wurden von iranischen Agenten ermordet.

Vgl. Iran Human Rights Documentation Center: No Safe Haven: Iran's Global Assassination Campaign (2011) <https://iranhrdc.org/no-safe-haven-irans-global-assassination-campaign/>.

Im Juli 2016 verurteilte das Berliner Kammergericht einen Agenten, der Bewegungsprofile iranischer Oppositioneller erstellt hatte, zu einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren Haft. Bericht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg 2016, S. 217.

Im März 2017 verhängte dasselbe Gericht eine Freiheitsstrafe von vier Jahren gegen einen Agenten, der den Präsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) und vormaligen Wehrbeauftragten des Bundestages, Reinhold Robbe, ausgespäht hatte. „Iran-Spitzel muss vier Jahre in Haft“, Bild online v. 27.3.2018.

Im Januar 2018 ließ die Bundesanwaltschaft mehrere Wohnungen durchsuchen. Pressemeldungen zufolge hatten Mitglieder der al-Quds-Brigaden, einer Spezialeinheit der iranischen Revolutionsgarden, Ziele für Anschläge in Deutschland ausgespäht. Unter den ausgespähten Zielen soll sich das Berliner Büro des American Jewish Committee (AJC) wie auch der Kindergarten einer jüdischen Gemeinde befunden haben. Razzien gegen Mullah-Agenten, Bild Online v. 17.1.2018.

Fazit

Die IGS ist von der islamistischen und antisemitischen Ideologie der Islamischen Republik Iran beeinflusst. Sie verbreitet Botschaften und Ideen des iranischen Regimes in Deutschland. Durch die Förderung der IGS wird ein moderater Zugang zum Islam für junge Menschen in Deutschland erschwert und das radikale Islamverständnis des iranischen Gottesstaates gefördert und verbreitet. Die IGS ist damit ein Teil des Problems, nicht der Lösung. Eine solche Organisation zu stärken, konterkariert die Ziele von Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung.

So sehr die Bekenntnisse der IGS zu Vernunft und Moderation danach klingen, dass eine Partnerschaft im Kampf gegen den Islamismus möglich ist, so sehr bedeutet der „vernünftige“, vermeintlich moderate Islam der IGS in seiner Konsequenz: Frauenverachtung, Hisbollah, Mullah-Regime und Israelhass, Kinderkopftuch und iranisch protegierter Terrorismus. Eine Partnerschaft gegen Islamismus und Antisemitismus ist mit dieser Organisation unmöglich.

Alle drei Institutionen - IZH, IGS und Al-Mustafa-Institut - sind keine Stütze, sondern eine Bedrohung für liberale Muslime in Deutschland.

Es besteht darüber hinaus die Gefahr, dass das Engagement der Bundesregierung gegen Islamismus und Antisemitismus inkonsequent oder sogar unglaubwürdig erscheint. Damit können indirekt demokratiefeindliche Bestrebungen von rechts bestärkt werden, die sich in diesem Themenfeld wohlfeil profilieren können.

Die Unterstützung der IGS sollte daher umgehend eingestellt werden, wie auch jegliche Unterstützung von Vereinen, die von totalitären, islamistischen und antisemitischen Regimen aus dem Ausland gesteuert werden.

MFFB 3/2019

Kontakt

Mideast Freedom Forum Berlin e.V
Postfach 2 77 48
10130 Berlin
Telefon: +49 (0)30 2241 2700
Telefax: +49 (0)30 700 143 1010
info@mideastfreedomforum.org
www.mideastfreedomforum.org/

Der Zugriff für alle Internetseiten fand zuletzt, wo nicht anders angegeben, am 10.12.2018 statt.

¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 19/407 v. 26.1.2018, S. 5. Khalilzadeh ist seit 2009 Vorsitzender der IGS und wurde im Mai 2017 im Amt bestätigt.

<http://izhamburg.de/index.aspx?pid=99&articleid=187670>

² Zum Beispiel der Beschluss zur „Verbreitung des 2. Briefes von Ayatollah Khamenei“ in Deutschland, im Dezember 2015, vgl. <https://www.facebook.com/igsdeutschland/posts/898802316864471> und:

<https://www.facebook.com/notes/islamische-gemeinschaft-der-schiitischen-gemeinden-deutschlands-igs/antwortbrief-junger-menschen-aus-dem-westen-an-ayatollah-khamenei/750669201677784/>

³ Der Jugendbeauftragte der IGS, Ali Chaukair, rief 2017 zur Teilnahme auf. Vgl. <https://offenkundiges.de/wo-warst-du-letztes-jahr-am-quds-tag/>. Aus dem IGS-Vorstand nahm 2018 u.a. Sheikh Mohammad Mohssen am Quds-Marsch teil. Vgl. Anm. 12. xxx

⁴ „Antisemitische Demo in Berlin Wer steckt hinter dem Al-Quds-Marsch?“, in: Der Tagesspiegel v. 8.6.2018,

<https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitische-demo-in-berlin-wer-steckt-hinter-dem-al-quds-marsch/22653804.html>.

⁵ Deutscher Bundestag Drucksache 19/545 v. 26.1.2018.

⁶ Verfassungsschutzbericht Hamburg 2017, S. 51.

⁷ Hamburger Behörde für Inneres, 20.1.2004. <http://www.hamburg.de/innenbehoerde/archiv/232318/fuehrungswechsel-izh-artikel/>. Diese Einschätzung wird von der Bundesregierung geteilt und hat sich bis heute nicht verändert. Vgl.

Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 5.9.2017,

https://www.bundestag.de/presse/hib/2017_09/-/525852

⁸ Verfassungsschutzbericht Hamburg 2016, S. 57.

⁹ https://www.bundestag.de/presse/hib/2017_09/-/525852

¹⁰ Innenbehörde Hamburg, 25.9.2009, <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/1471752/izh-neuer-dachverband/>.

Der erste Vorsitzende der IGS war Ayatollah Seyed Abbas Ghaem Maghami, er war auch Leiter des IZH.

¹¹ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Katja Keul und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/13237 v. 21.8.2017 (Ausrichtung der schiitischen Verbände und ihre Verbindungen zum iranischen Regime).

¹² Es handelt sich um die Vorstandsmitglieder Seyed Mohammad Ale Hosseini und Sheikh Mohammad Mohssen. Als Vertreter des IZH gab Mohammad Hosseini der taz am 4.10.2017 ein Interview, <http://www.taz.de/!5451273/>. Ein Bericht über Mohammad Mohssen als Vertreter der IGS und des IZH beim Berliner Quds-Marsch findet sich hier:

<https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-14-06-2018/foerderpolitik-mit-israelhasern-gegen-extremismus.html>

¹³ Verfassungsschutzbericht Hamburg 2017, S. 52.

<https://www.hamburg.de/contentblob/11448332/2ad09d525105761338b61f255946d4a0/data/vsb-2017-pressefassung.pdf>.

Bis Ende August 2018 leitete Reza Ramezani das IZH, der auch Mitglied des „Expertenrates“, einem entscheidenden Verfassungsorgan Irans, ist. Neuer Leiter ist Mohammad Hadi Mofatteh. Er gilt ebenfalls als Stellvertreter Chameneis. Ob Mofatteh wie seine Vorgänger in den Gelehrtenrat der IGS gewählt wird, ist noch nicht bekannt. (Stand Dezember 2018).

¹⁴ Deutscher Bundestag Drucksache 19/545 v. 26.1.2018. <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/005/1900545.pdf>

¹⁵ Dt. Bundestag Drucksache 18/13237 v. 17.8.2017, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/133/1813362.pdf>, S. 3.

¹⁶ Wahied Wahdat-Hagh: Der islamistische Totalitarismus. Über Antisemitismus, Anti-Bahaismus, Christenverfolgung und geschlechtsspezifische Apartheid in der „Islamischen Republik Iran“, Peter Lang Verlag 2012, S. 50.

¹⁷ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 19/407 v. 26.1.2018 zur Finanzierung der „Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in

Deutschland e. V. durch den Bund, <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/005/1900545.pdf#page=1&zoom=auto,-158,546>, S. 5.

¹⁸ Vgl. Schreiben EU Kommission an MFFB v. 17.4.2018; Vgl. auch EU Fonds für die Innere Sicherheit / BKA:

„Übersicht über die geförderten Projekte im Rahmen des Inneren Sicherheitsfonds (ISF Sicherheit)“ v. 20.12.2017,

www.bka.de/InnererSicherheitsfonds/DE/Dokumente/Beguenstigtenverzeichnis/beguenstigtenverzeichnis_download.pdf

¹⁹ Vgl. Webseite „Extrem Engagiert“, https://www.demokratie-leben.de/mp_radikalisierungspraevention/modellprojekte-zur-radikalisierungspraevention/extrem-engagiert-kompetenzprogramm-junger-muslime.html

²⁰ Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland: Handlungsempfehlungen zum präventiven Umgang mit religiös begründetem Extremismus. Arbeitsergebnisse des Workshops: Islam zwischen Rationalität und Radikalität – historisch-theologische Hintergründe und soziale Herausforderungen“, 28.-30.Juli 2017, Berlin

http://www.igs-deutschland.org/images/download/IGS_Handlungsempfehlungen_PVENTIONSWORKSHOP_Juli2017fb.pdf

²¹ Stellungnahme von Ayatullah Dr. Reza Ramezani, v. 15.4.2018. <http://www.ieus.de/news/Stellungnahme-von-Ayatullah-Dr-Reza-Ramezani>.

Verbreitet auf der IGS-Facebook-Seite:

<https://www.facebook.com/igsdeutschland/posts/%22das-tragen-des-kopftuches-als/1617798921631470/>

²² Pressemitteilung der IGS zur Ehe für alle v. 6.7.2017. <http://www.igs-deutschland.org/news/presse/presseerklaerung/421-pressemitteilung-der-igs-zur-ehe-fuer-alle>

²³ Die Rede aus dem Februar 2014 war lange auf der Webseite des IZH zu lesen.

<http://web.archive.org/web/20150214205843/http://www.izhamburg.de/index.aspx?pid=99&articleid=64122>.

²⁴ Vgl. IZH Webseite v. 2.6.2018, <http://izhamburg.de/index.aspx?pid=99&articleid=194188>

²⁵ Vgl. „Kontraste“ v. 18.6.2018, <https://www.rbb-online.de/kontraste/archiv/kontraste-vom-14-06-2018/foerderpolitik-mit-israelhasern-gegen-extremismus.html>. Vgl. zum IZH Stellungnahme der IGS v. 13.11.2016: „Androhung eines Ultimatums gegen das Islamische Zentrum Hamburg“, <https://www.facebook.com/notes/islamische-gemeinschaft-der-schiitischen-gemeinden-deutschlands-igs/stellungnahme-der-igs-zur-androhung-eines-ultimatums-gegen-das-islamische-zentru/1114793428598691/>